

Digitales Brandenburg

hosted by **Universitätsbibliothek Potsdam**

Geschichte der neuesten Zeit

1815 - 1885 ; in vier Bänden

Von 1871 bis 1885

Bulle, Constantin

Berlin, 1888

Mac Mahon und die Begründung der Republik.

urn:nbn:de:kobv:517-vlib-6504

Rede geschlossen werden mußte, beraumte Buffet für denselben Tag auf 2 Uhr eine neue an, in der ein von Ernoul eingebrachtes Mißtrauensvotum mit 360 gegen 344 Stimmen angenommen wurde; den Ausschlag gab eine kleine Gruppe, die sich um den Abgeordneten Target scharte und sich ausdrücklich als Anhängerin der definitiven Republik bekannte; nur aus Mißtrauen in die konservative Gesinnung des Ministeriums wollte sie sich der Mehrheit beigefügt haben. Da man auch auf der Rechten diesen Bundesgenossen nicht sehr traute und befürchten mußte, daß sie für persönliche Zugeständnisse ihre Haltung ändern möchten, beschloß man die Entscheidung zu beeilen. Für abends 8 Uhr wurde eine dritte Sitzung anberaumt um die Entschließungen des Präsidenten entgegenzunehmen. Wie diese lauten würden, war nicht zweifelhaft: Thiers kündigte durch Dufaure den Rücktritt des Ministeriums und seinen eigenen an. In Erwartung dieses Erfolges hatten die Führer der Rechten, Changanier, Broglie, Ernoul, den Antrag auf Wahl eines Präsidenten bereits mitgebracht und während die ganze Linke sich entfernte, wurde um 11 Uhr abends von 390 Mitgliedern einstimmig (nur ein Zettel lautete auf Grévy) der Marschall Mac Mahon zu Thiers' Nachfolger ernannt. Noch vor Mitternacht verkündete Buffet, daß der Erwählte bereit sei dem Willen der Nation zu gehorchen.

Mac Mahon
Präsident.

Mac Mahon und die Begründung der Republik.

So groß der Erfolg war, den die Monarchisten durch diesen glücklichen Streich errungen hatten, so bedeutete er doch immer nur den ersten Schritt zum Ziele, und bei der knappen Mehrheit, über die sie verfügten, mußte es angesichts der bonapartistischen Bestandteile und im Hinblick auf so unzuverlässige Bundesgenossen wie Target und seine Freunde sehr zweifelhaft erscheinen, ob es gelingen werde eine fusionistische Mehrheit für die Rückberufung Heinrichs V. zu sichern. Für den Augenblick freilich ließ sich alles so erwünscht wie möglich an. Die auswärtigen Kabinette machten keine erheblichen Schwierigkeiten die neue Regierung anzuerkennen. Bismarck mißbilligte zwar die Sympathie, welche Graf Arnim Thiers' Feinden entgegengetragen hatte; aber er bezeugte doch auch dem neuen Präsidenten sein Vertrauen, und Rußland wie Oesterreich folgten seinem Beispiele. Die Bildung des neuen Ministeriums, an dessen Spitze Broglie trat, vollzog sich ohne ernstliche Reibungen; neben dem Präsidenten vertraten Beulé und Vatbie darin den Orleanismus, Ernoul und de la Bouillerie die Legitimisten, Magne den Bonapartismus; die übrigen Mitglieder standen mehr zwischen den Parteien. Die Bevölkerung verhielt sich im ganzen doch nicht unfreundlich. Natürlich fehlte es nicht an heftigen Kundgebungen der radikalen Linken, aber diese wurden weit überboten durch die neuen Pilgerzüge, die sich in diesem Sommer vorzugsweise nach Paray-le-Monial richteten und noch weit über die gleichartigen Demonstrationen des letzten Jahres hinausgingen.

Das Ausland.

Ministerium
Broglie.

Girig bet
dem heilige
geschaut h
ganz Fran
erbauen;
wenn auch
lung wuß
hand glie
nisterium
Thronbew
er den W
mierte un
der Berat
natürlich
erst nach
wo die F
zu können
In d
partisten.
1873 zu C
Napoleon.
Ansprüche
war eben
Richtung
der klerik
und dem
bar, und
betrachtete
weisen de
halte; mo
junge Na
günstiger
zurückgefi
Dur
Gunsten
partisten
den Aust
Parteien
seinem D
in dessen
fogar bef
verwandt
Fahne v
habe; ih
setzen ga

Eifrig beteiligten sich auch die klerikalen Abgeordneten daran, und mit dem heiligen Herzen Jesu, das einst die Nonne Marie Macoque in Paray geschaut hatte, wurde ein wahrer Götzendienst getrieben; man weihte ihm ganz Frankreich und wollte ihm eine Botivkirche auf dem Montmartre erbauen; doch gelang es der Linken noch diese Widmung zu hintertreiben, wenn auch der Bau selbst beschlossen wurde. In der Nationalversammlung wußten die drei Gruppen der Monarchisten ihre Einigkeit vorderhand glücklich zu bewahren. Als Jules Favre am 22. Juli das Ministerium zu einer Erklärung über seine Stellung zu den verschiedenen Thronbewerbern zu drängen suchte, wich Broglie geschickt aus, indem er den Waffenstillstand der Parteien als Regierungsprogramm proklamierte und dafür ein Vertrauensvotum von 400 Stimmen erhielt. Von der Beratung der Dufaureschen Verfassungsgesetze wollte die Mehrheit natürlich nichts hören; selbst die Verweisung an einen Ausschuß sollte erst nach Beendigung der Herbstferien stattfinden, d. h. zu einer Zeit, wo die Fusionisten mit Zuversicht die Erhebung Heinrichs V. durchsetzen zu können hofften.

Die National-
versammlung.

In diesen Hoffnungen trennten sich freilich ihre Wege von den Bonapartisten. Diese hatten im Anfange des Jahres durch den am 9. Januar 1873 zu Chiselhurst nach einer unglücklichen Steinoperation erfolgten Tod Napoléons III. ihr Oberhaupt verloren. Als Erbe der imperialistischen Ansprüche wurde natürlich allseitig Napoléon IV. anerkannt; allein dieser war eben 17 Jahre alt und konnte der Partei noch keine bestimmte Richtung anweisen. Es machte sich daher der alte Gegensatz zwischen der klerikalgesinnten Kaiserin-Witwe, die sich auf Rouher stützen konnte, und dem demokratischen Prinzen Jérôme Napoléon stärker als je fühlbar, und in beiden Lagern hatte man nicht eben große Eile, sondern betrachtete es als einen ganz annehmbaren Zwischenzustand, daß einstweilen der Marschall Mac Mahon dem künftigen Kaiser den Platz offen halte; manche dachten sich die weitere Entwicklung wohl so, daß der junge Napoléon des Marschalls Tochter heiraten und von diesem zu günstiger Zeit ohne große Mühe durch ein Plebiszit auf den Thron zurückgeführt werden würde.

Tod Napoléons III.

Durch diese Hoffnungen würde denn freilich ein Staatsstreich zu Gunsten des Königs einen bösen Strich gemacht haben und die Bonapartisten beobachteten daher nicht minder mißtrauisch als die Republikaner den Austausch von Vertrauensbeweisen zwischen den beiden royalistischen Parteien und insbesondere den Besuch, welchen der Graf von Paris mit seinem Oheim Nemours am 5. August 1873 dem Grafen von Chambord in dessen Residenz Frohsdorf bei Wien abstattete; kurze Zeit mußte man sogar befürchten, daß eine vollkommene Verständigung zwischen den beiden verwandten Häusern erreicht sei, daß entweder Chambord auf die weiße Fahne verzichtet oder der Graf von Paris die Tricolore preisgegeben habe; ihrem Entschluß sich jeder royalistischen Verschwörung zu widersetzen gaben die Bonapartisten zum 15. August durch eine Wallfahrt

Die Fusionisten.

nach Chislehurst, die Republikaner einige Tage später durch eine Kundgebung zu Ehren Thiers', der sich in Luzern aufhielt, lebhaften Ausdruck; sowohl der gewesene Präsident wie der junge Bonaparte erklärten sich dabei mit Wärme für die Trikolore, die dem einen das Symbol der Republik, dem anderen das der Volkssouveränität war. Sehr bald konnte man übrigens untrügliche Merkmale wahrnehmen, daß die Einigkeit der Orleanisten und Legitimisten noch auf ziemlich schwachen Füßen stehe; in ihren Blättern befahden sie sich so lebhaft wie zuvor und legten das Programm der Fusion lediglich in dem Sinne ihrer besonderen Parteirichtung aus. Chambord selbst bestrebte sich zwar in Briefen an seine Getreuen nach Kräften das Gemeinsame hervorzukehren, und als eine Deputation der Fusionisten zu ihm nach Frohsdorf kam um seine Ansichten über die von den Klerikalen gepredigte gewaltsame Wiederherstellung des Kirchenstaates zu vernehmen, äußerte er sich in diesem Punkte sehr verständig. Bedenklicher klang es, wenn er als die Verfassung, nach der er regieren werde, die von 1814 bezeichnete und nur gewisse Änderungen derselben vorbehielt, die er im Einverständnis mit der Nationalversammlung herbeiführen werde; am beunruhigendsten für die Fusionisten aber blieb doch immer sein auch jetzt wieder betontes starres Festhalten an dem Lilienbanner. Als jene Deputierten ihren Auftragsgebern am 25. September in Versailles Bericht erstatteten, kam denn auch die Unzufriedenheit der Orleanisten zum unverhüllten Ausbruch; besonders der Herzog von Audiffret-Pasquier verlangte Bürgschaften und setzte mit seinen Freunden in einer zweiten Beratung am 4. Oktober die Bestellung eines Neunerausschusses durch, der nochmals eine Deputation an Chambord entsenden sollte. Unterstützt durch eine Äußerung Mac Mahons: er sei zwar bereit jedem Ausspruch der Nationalversammlung Anerkennung zu verschaffen, aber wenn die weiße Fahne gegen die Trikolore erhoben werde, würden die Chassepots von selbst losgehen — erreichten sie wirklich nur soviel, daß Chambord die Fahnenfrage bis nach seiner Rückkehr ruhen zu lassen versprach, doch mit dem Zusatz, daß er sie, sobald er von der Regierung Besitz ergriffen habe, mit Hilfe der Kammer ordnen werde. Der Neunerausschuß, dem diese Erklärung von den Deputierten, besonders von Chesnelong, in möglichst günstigem Sinne vorgetragen wurde, beschloß nun einen entscheidenden Schritt zu wagen. Auf den 22. Oktober berief er die Parteiversammlungen der Fusionisten ein und legte ihnen einen Gesetzentwurf vor, der in seinem ersten Artikel die konstitutionelle Erbmonarchie in der Person Heinrichs V. mit dem Nachfolgerechte der Orleans wiederherstellte, in dem zweiten die Vereinbarung einer neuen Verfassung mit bestimmten politischen Rechten gewährleistete und in dem dritten die Trikolore als nationales Banner solange aufrecht erhielt, wie nicht ein gemeinsamer Beschluß des Königs und der Volksvertretung etwas anderes bestimmt habe. Das rechte Centrum, in dem Audiffrets Einfluß maßgebend war, und die legitimistische Rechte nahmen in der That beide den Gesetzentwurf an und

glaubten
aus dem
heit in de
stimmig
Vorsitz fü
schwache
den Beitr
wurde gri
optimistis
gehen au
erklärte,
ment niem
weißen B
Dan
Der Neun
bedauerte
Bourbon
dem Prog
aber im
der Verp
fester zu
Mit Aus
einverstan
Jahren in
nach Par
wachsende
im linken
zeitig ern
treten wo
Dies
in der A
lung mit
die unbes
darstellte,
Marschal
faureschen
dabei sol
der Linken
mit 348
ausschuß
der Präsi
Gesetze
da neben
waren,
ihren Be

glaubten sich bereits am Ziele ihrer Wünsche; allein ihre Bemühungen aus dem linken Centrum soviel Anhänger zu werben, daß sie der Mehrheit in der Nationalversammlung sicher seien, schlug kläglich fehl; einstimmig erklärte sich diese Partei am anderen Tage unter Léon Say's Vorsitz für die Erhaltung der konservativen Republik, und auch die letzte schwache Möglichkeit durch persönliche Beeinflussung einzelner und durch den Beitritt einer bonapartistischen Gruppe die Majorität zu gewinnen wurde gründlich vereitelt, als ein Brief Chambord's an Chesnelong dessen optimistischen Bericht in verbindlichster Form Lügen strafte, jedes Eingehen auf Bedingungen und Bürgschaften ablehnte und rundheraus erklärte, seine Person sei nichts, sein Prinzip alles: er werde sein Regiment niemals mit einem Akte der Schwäche, mit einer Verleugnung des weißen Banners eröffnen.

Damit war dem fusionistischen Staatsstreich ein Ende gemacht. Der Neunerausschuß erließ am 30. Oktober eine Erklärung, worin er bedauerte, daß eine Verständigung mit dem Oberhaupte des Hauses Bourbon nicht erreicht sei und mit Bertröstungen auf die Zukunft an dem Programm des Gesetzentwurfes festzuhalten versprach. Das waren aber im Grunde nur leere Worte, denn unmöglich konnte man sich jetzt der Verpflichtung entziehen das lose Band der bestehenden Verfassung fester zu knüpfen und insbesondere die Stellung Mac Mahon's zu ordnen. Mit Ausnahme der äußersten Rechten waren die Fusionisten darüber einverstanden, daß man den Präsidenten für eine bestimmte Reihe von Jahren in seinem Amte bestätigen müsse, und obgleich Chambord selbst nach Paris kam um gegen diesen Plan zu wirken, erfreute sich derselbe wachsenden Beifalls und wurde auch von Périer und seinen Freunden im linken Centrum unterstützt, vorausgesetzt, daß die Majorität gleichzeitig ernsthaft in die Beratung der Dufaureschen Verfassungsgesetze eintreten wolle.

Dies rüchhaltslos und aufrichtig einzuräumen lag nun zwar nicht in der Absicht der Royalisten, und als am 5. November die Versammlung mit einer Botschaft Mac Mahon's eröffnet wurde, in welcher er die unbestimmte Dauer seiner Präsidentschaft als die Quelle großer Übel darstellte, suchten sie durch einen Antrag Changaniers die Wahl des Marschalls auf zehn Jahre sofort durchzusetzen, die Beratung der Dufaureschen Gesetze aber von dieser Frage getrennt zu halten. Allein dabei sollten sie sich eine neue Schlappe holen. Wohl fiel der Antrag der Linken, welche die beiden Fragen gleichzeitig behandeln wissen wollte, mit 348 gegen 362 Stimmen durch, aber es wurde doch ein Fünfzehnerauschuß gewählt, der den Auftrag erhielt sowohl über die Verlängerung der Präsidentschaft wie über die weitere Behandlung der Dufaureschen Gesetze zu berichten. In diesem Ausschusse gab Périer den Ausschlag, da neben ihm sieben Monarchisten und sieben Republikaner hineingewählt waren, und so beantragte denn die Mehrheit von acht Stimmen durch ihren Berichterstatter Laboulaye, daß Mac Mahon, bis die Verfassungs-

Wählungen des
Staatsstreichs.

Die Verlänge-
rung der Präsi-
dentschaft Mac
Mahon's.

gesetze zustande gekommen seien, unter den bisherigen Bedingungen im Amte bleiben und erst durch einen besonderen Artikel dieser Gesetze auf weitere fünf Jahre zum Präsidenten ernannt werden solle; während die Minderheit, für welche Depeyre das Wort führte, des Marschalls Amtszeit sofort auf zehn Jahre zu erstrecken und drei Tage, nachdem das beschlossen sei, einen Dreißigerausschuß für die Verfassungsgesetze zu wählen empfahl.

Das Septennat.

Die Befürchtung, daß Laboulayes Antrag die Mehrheit finden und daß der Präsident, der wiederholt erklärt hatte mit den Siegern vom 24. Mai stehen und fallen zu wollen, dann notgedrungen werde zurücktreten müssen, bewog das Ministerium eine Vermittelung zu versuchen. Am 17. November verlas Broglie eine Botschaft, in welcher Mac Mahon die Dauer seiner Präsidentschaft auf sieben Jahre zu bemessen vorschlug, zugleich aber entschiedene Verwahrung dagegen einlegte, daß diese Frage von dem Zustandekommen der Verfassungsgesetze abhängig gemacht werde. Dieses Eingreifen erwies sich als erfolgreich; das Septennat war auch auf der Rechten gar manchem lieber als die zehnjährige Amtsdauer, und nachdem ein Antrag der Bonapartisten, die Urwähler auf den 4. Januar 1874 zur Abstimmung über die Regierungsform einzuberufen, mit 499 gegen 88 Stimmen abgelehnt war, wurde am 19. November mit 378 gegen 310 Stimmen das Septennat beschlossen.

Das Ministerium Broglie.

Ein Teil des Ministeriums, insbesondere Broglie selbst, war nun willens mit dem neuen Zustande ernst zu machen und die Stellung des Marschalls durch die Annahme der Verfassungsgesetze zu befestigen. Auf der äußersten Rechten aber teilte man diese Ansicht durchaus nicht, sondern wollte auch während der sieben Jahre sich die Erhebung Heinrichs V. zum Könige durchaus frei halten. Mehrere Minister, wie Ernoul, Batbie, Beulé, Bouillierie, schieden deshalb aus und wurden durch Männer wie den Herzog Decazes, der das auswärtige Amt übernahm, Depeyre und Fourtou ersetzt. Die stark orleanistische Färbung, welche die Regierung dadurch erhielt, reizte die Anhänger Chambords zu vielfachen Angriffen, deren Stoff sie sowohl in der auswärtigen wie in der inneren Politik zu finden wußten. Einmal gelang es ihnen sogar in einer schwach besuchten Sitzung der Nationalversammlung (am 8. Januar 1874) dem Ministerium eine empfindliche Niederlage beizubringen, indem sie einen Gesetzentwurf, der den Einfluß der Regierung auf die Ernennung der Maires verstärken sollte, bis zur Einbringung eines vollständigen Gemeindegesetzes von der Tagesordnung absetzten. Indes als Broglie darauf seine Entlassung forderte, fand sich schnell wieder eine Mehrheit zusammen, die ihm nicht bloß ihr Vertrauen aussprach, sondern auch das Mairegesetz annahm. Nun glaubte der Ministerpräsident seinen Sieg kräftig verfolgen zu müssen und wies die Präfekten in einem Rundschreiben vom 22. Januar an nur solche Männer zu Maires zu ernennen, welche treu zum Septennate ständen. Auch der Marschall selbst betonte, wo sich ihm Gelegenheit bot, daß er seinen Posten für die ganze Dauer der

Zeit zu b
dieser Sa
Ministerin
Sturz get
Hilfe der
Challemel
Versuch d
als Verb
feit die L
Regierung
werden; i
gleich da
erwiderte,
die Pfort
im Mala
auch dies
und dad
nahmen
Mehrheit
In
hatte, lag
Voritz f
gliedern,
hindurch
dies in
der Liste
wie sein
Bezirks
schon mi
jährigen
nur in
gewisse,
Mai sol
Versamm
Linken w
die ohne
15. Mai
dung ein
Nachfolg
von Au
das Sep
Königtu
und Lin
nicht zu
Formfr

Zeit zu behaupten gedenke. Die Linke hatte sich zum großen Teil mit dieser Sachlage inzwischen ausgeöhnt; sie wünschte nur ein liberaleres Ministerium; konnte sie das erreichen, so würde sie sich über Thiers' Sturz getröstet haben. Ihr Bestreben ging deshalb dahin Broglie mit Hilfe der Legitimisten zu Fall zu bringen. In dieser Absicht stellte Challemel-Lacour am 18. März die Frage an den Minister, ob er einen Versuch die Regierungsform während der nächsten sieben Jahre zu ändern als Verbrechen behandeln werde. Broglie entwand sich der Notwendigkeit die Legitimisten zu reizen geschickt dadurch, daß er erklärte, die Regierungsform solle ja erst durch die Verfassungsgesetze festgestellt werden; nur das Septennat als solches sei gesetzlich verbürgt; und obgleich darauf Cazenove de Pradines, einer der hitzigsten Legitimisten, erwiderte, er hoffe, der Marschall werde den König nicht vergebens an die Pforte des Septennates klopfen lassen und werde nicht wie einst im Malakoff sagen: *J'y suis et j'y reste*, so verstand es doch Broglie auch dieser Herausforderung durch eine geschickte Wendung auszuweichen und dadurch bei der Abstimmung die Legitimisten mit ein paar Ausnahmen auf seiner Seite festzuhalten, so daß er wieder mit ansehnlicher Mehrheit Sieger blieb.

In dem Dreißigerausschuß, der die Verfassungsgesetze vorzubereiten hatte, lagen die Dinge aber für das Ministerium weit ungünstiger. Den Vorsitz führte Batbie und hinter ihm stand eine Mehrheit von 25 Mitgliedern, die entschlossen war die Beratungen zu verschleppen. Monate hindurch hatte man sich lediglich mit dem Wahlgesetze beschäftigt und dies in konservativem Sinne umgearbeitet; besonders war das System der Listenwahl, wonach jeder Wähler soviel Namen aufzuschreiben hatte, wie sein Departement Abgeordnete wählen mußte, durch das System der Bezirkswahlen ersetzt; die Wahlfähigkeit sollte erst mit dem 25., nicht schon mit dem 21. Lebensjahre beginnen und überdies durch einen dreijährigen Wohnsitz in dem Wahlorte bedingt sein; wählbar war ein jeder nur in dem Departement, in dem er geboren oder mit dem er durch gewisse, im einzelnen aufgeführte Beziehungen verbunden war. Mitte Mai sollte auf Andrängen des Ministeriums dieses Wahlgesetz in der Versammlung selbst beraten werden. Auf der Rechten wie auf der Linken wünschte man diese Gelegenheit zu benutzen um Broglie zu stürzen; die ohnedies erbitterte Stimmung wurde noch verschärft durch einen am 15. Mai von dem Ministerium eingebrachten Gesetzentwurf über die Bildung eines Staatsrates, dessen Präsident eintretenden Falls Mac Mahons Nachfolger werden sollte; allgemein glaubte man, daß Broglie den Herzog von Amale zu diesem Posten ausersehen habe, und daß sein Plan sei das Septennat durch eine orleanistische Regentschaft in das orleanistische Königtum überzuleiten. Unter diesen Eindrücken vereinigten sich Rechte und Linke zum Sturz des Ministeriums; da sie in sachlichen Fragen nicht zusammengehen konnten, suchten sie wieder wie am 8. Januar eine Formfrage heraus: es wurde der Antrag gestellt, die Beratung des

Der Dreißiger-
ausschuß.

Broglies
Sturz.

Wahlgesetzes erst nach dem Gemeindegesez vorzunehmen. Mit 381 gegen 317 Stimmen wurde dieser Antrag am 16. Mai zum Beschluß erhoben und Broglie dadurch zum Rücktritt genöthigt. Mit der Neubildung des Kabinetts beauftragte Mac Mahon den Kriegsminister Cissey und dieser bewog auch Decazes, Fourtou und Magne zum Verbleiben in ihren Ämtern, während für die übrigen ausscheidenden Minister Männer des rechten Centrums ohne hervorragende politische Stellung eintraten.

Der Prozeß
Bazaine.

Viel geändert hatte sich somit durch diesen Wechsel der Personen nicht; auch das neue Ministerium forderte die Organisation des Septennates durch Verfassungsgeseze, während die rechts von ihm stehenden Gruppen das Königtum, die zur Linken die definitive Republik verlangten. Daneben entwickelten dann die Bonapartisten unausgesezt eine rege Thätigkeit, die nicht ohne Erfolge blieb. Der Schluß des Jahres 1873 war für sie durch den Prozeß gegen Bazaine, der sich vom 6. Oktober bis zum 10. Dezember vor einem Kriegsgericht in Versailles unter Numales Vorsitz abspielte, sehr peinlich gewesen. Sie hatten bei diesen Verhandlungen den anderen Parteien gleichsam als Sündenbock dienen müssen und waren von vornherein ohne Hoffnung auf eine Freisprechung des Marschalls. Indes wurde das Todesurteil, welches das Kriegsgericht aussprach, durch ein Begnadigungsgesuch gemildert und von Mac Mahon in zwanzigjährige Festungshaft verwandelt; auch gelang es dem Gefangenen bereits im August 1874 mit Hilfe seiner Gemahlin, seines Neffen Alvarez de Kull und seines Adjutanten Bilette von der Insel Sainte Marguërite bei Cannes, wo er seine Strafe verbüßte, zu entkommen. Für die Partei als solche aber war mit dem Prozesse selbst das Schlimmste überstanden, und sie war seit dessen Beendigung unverkennbar im Aufsteigen begriffen. Es machte doch einen gewissen Eindruck, als Emil Olivier im Februar 1874 seinen Siz in der Académie française mit einer Rede einnehmen wollte, in der er rückhaltlos den verstorbenen Kaiser pries, und als er lieber darauf verzichtete diese Rede vorzutragen, als daß er ein Wort des Lobes gestrichen hätte. Nicht minder zuversichtlich trat Rouher auf, und seine feste Behauptung, daß bei Ablauf des Septennates die Wahl nur zwischen Kaisertum und Republik schwanken werde, erhielt eine gewisse Bestätigung durch den Ausfall einzelner Nachwahlen, in denen der bonapartistische Kandidat nur mit einem republikanischen zu kämpfen hatte und diesen besiegte. Eine große Wallfahrt von 6000 Personen nach Chiselhurst um den jungen Napoleon an seinem 18. Geburtstag (16. März 1874) zu begrüßen, stärkte den Mut der Parteigenossen und gab dem Prinzen Gelegenheit mit einer nicht unwirksamen Ansprache hervorzutreten. Er gedachte darin in verbindlichster Weise Mac Mahons als des treuen Gefährten seines Vaters; aber Heil und Recht gebe es nur im Plebiszite, und wenn dieses dereinst zum achtenmal den Namen Napoleon aus der Urne hervorgehen lasse, so werde er trotz des Mißtrauens, das er in seine Kräfte seze, bereit sein die Verantwortlichkeit zu übernehmen.

Die Bonapar-
tisten.

Alle
großem M
bonapartist
als man
Bourgoing
imperialist
bindung d
Mac Mah
anderen B
die Partei
siegte, die
Auch
gültigen
Das linke
liche Ver
zu gewinn
Périer an
tigen Ber
aus dem
tennat be
Verfassun
Legitimist
foucauld-
die Präsi
Königtum
ein, inder
schlug un
Punkt ab
mung mi
Mit der k
erreichte
In diesen
erstatte
punkte de
und spra
Minister
ohne jede
das Auf
Zustimmu
Marschal
folger w
wären st
hatte kau
er noch
sezung d

Alle diese Kundgebungen erfüllten die gegnerischen Parteien mit großem Mißbehagen und stachelten sie besonders gegen die Minister von bonapartistischer Färbung, gegen Cissey, Magne und Fourtou auf, zumal als man bei einer Ersatzwahl im Nièvredepartement, in welcher Baron Bourgoing, einst Stallmeister des Kaisers, siegte, ein Rundschreiben des imperialistischen Wahlausschusses, aufstoberte, das auf eine enge Verbindung dieses Komitès mit den genannten Ministern hindeuten schien. Mac Mahon selbst hielt es für geraten Fourtou und Magne die unter anderen Vorwänden erbetene Entlassung am 20. Juli zu gewähren; daß die Partei aber trotzdem im Aufsteigen blieb, lehrten die ferneren Wahlsiege, die sie noch im Laufe des Jahres erfocht.

Auch gegen diese Propaganda würde die beste Abwehr in der endgültigen Einführung der republikanischen Staatsform gelegen haben. Das linke Centrum machte nach dem Sturze Broglies nochmals ernsthafte Versuche das rechte Centrum für die Mitwirkung zu diesem Ziele zu gewinnen. Als sie gescheitert waren, beantragte endlich Casimir Périer am 15. Juni wenigstens drei Punkte als Grundlagen der künftigen Verfassung vorab festzustellen: die Regierung der Republik sollte aus dem Präsidenten und zwei Kammern gebildet, Mac Mahons Septennat bestätigt und für den Fall einer Verfassungsrevision das in der Verfassung von 1849 vorgeschriebene Verfahren befolgt werden. Die Legitimisten antworteten darauf mit einem Antrage des Herzogs Laroche-foucauld-Bisaccia, das Königtum grundsätzlich wiederherzustellen und die Präsidentschaft Mac Mahons in eine Generalstatthalterschaft des Königtums zu verwandeln. Eine Mittelstellung nahm das rechte Centrum ein, indem es gleich dem linken die Bestätigung des Septennates vorschlug und auch in die Begründung eines Oberhauses willigte, als dritten Punkt aber lediglich die Ermächtigung des Präsidenten in Übereinstimmung mit dem Oberhause die Nationalversammlung aufzulösen forderte. Mit der knappen und hinterdrein angezweifelten Mehrheit von 4 Stimmen erreichte Périer, daß sein Antrag dem Dreißigerausschuß überwiesen wurde. In diesem aber wurde er verworfen und statt dessen von dem Bericht-erstatteur Bentavon eine Vorlage ausgearbeitet, die etwa von dem Standpunkte des rechten Centrum's ausging. Sie bestätigte das Septennat und sprach zugleich die Verantwortlichkeit des Präsidenten und seiner Minister aus; sie ordnete gleichfalls die Wahl eines Oberhauses an, ohne jedoch dessen Zusammensetzung zu regeln; sie gab dem Präsidenten das Auflösungsrecht und machte eine Verfassungsrevision von seiner Zustimmung abhängig; sie bestimmte endlich, daß beim Rücktritt des Marschalls die zum Kongreß vereinigten beiden Kammern seinen Nachfolger wählen sollten, wobei sie dann in keiner Weise gehindert gewesen wären statt eines Präsidenten einen König zu wählen. Mac Mahon hatte kaum Ursache mit diesem Entwurfe unzufrieden zu sein, doch machte er noch einige Forderungen geltend, besonders die, daß die Zusammensetzung des Oberhauses sofort geregelt und auch das Wahlgesetz zustande

Anträge auf
Konstituierung
der Republik.

Bentavons
Entwurf.

gebracht werde. Der Dreißigerausschuß lehnte es jedoch ab den Ventavonschen Entwurf noch einmal umzuarbeiten, sondern brachte denselben ein. Allein zu einer Mehrheit dafür waren die Aussichten schlecht. Wohl gelang es unter kräftiger Mitwirkung des Ministeriums den Antrag auf Ablehnung des Périerschen Entwurfes am 23. Juli mit 41 Stimmen durchzubringen; dann aber hielten die Sieger selbst es für geraten eine längere Vertagung zu fordern ohne zuvor in die Beratung des Ventavonschen Gesetzes einzutreten. Die Linke antwortete darauf mit dem Verlangen, daß die Kammer, weil sie doch unfähig sei etwas Lebensfähiges zu schaffen, sich auflösen solle; als Termin für die Neuwahlen beantragte Léon de Malleville den 5. September, und als das mit 369 gegen 340 Stimmen abgelehnt war, schlug Raoul Duval den 25. Oktober vor. Allein auch diesmal siegte die Rechte, und so wurde dann am 5. August die Vertagung bis zum 30. November 1874 beschlossen.

Während dieser viermonatlichen Ferien lieferten die Generalrats- und die Gemeinderatswahlen von neuem den Beweis, daß die Bonapartisten und die entschiedenen Republikaner auf Kosten der Monarchisten und der Septennialisten in der öffentlichen Meinung beständige Fortschritte machten; insbesondere die beiden Centren konnten sich nicht verhehlen, daß sie im Rückgange begriffen seien. Darin lag eine neue Aufforderung mit aller Kraft an die Durchführung der Verfassungsgesetze zu gehen und sich über die streitigen Punkte zu vertragen. Der Gegensatz, über den man hinwegkommen mußte, spitzte sich äußerlich auf die Frage zu, ob man zuerst das Gesetz betreffend die Bildung eines Senates oder die Bestimmung des Ventavonschen Entwurfes, die sich auf die Übertragung der Regierungsgewalt nach Ablauf des Septennates bezog, beraten solle. Geschah das letztere, so war ein Sieg der Linken möglich, durch den die Republik als definitiv anerkannt wurde; geschah das erstere, so wurde dem Provisorium des Septennates ein neues konservatives Element beigemischt und die Rechte konnte nachher die Frage, was bei Ablauf des Septennates geschehen solle, wieder in der Schwebe lassen. Einige Wochen verhandelten die Parteien untereinander, und jedes der beiden Centren suchte in dem anderen für die von ihm verfochtene Auffassung Anhänger zu werben. Das linke hatte dabei Erfolg. Der Minister Decazes, der Herzog von Audiffret und andere Häupter des rechten Centrums zeigten sich geneigt zu der definitiven Konstituierung der Republik mitzuwirken; vertrauliche Konferenzen, die der Marschall auf Broglies Rat im Neujahr 1875 veranlaßte, vermochten nicht sie in diesem Entschlusse zu erschüttern; vielmehr führten dieselben zu einem Kompromiß, kraft dessen zwar das Senatsgesetz zuerst vorgenommen werden sollte, aber unter Einschubung eines Paragraphen, der es erst dann in Kraft treten ließ, wenn auch der Übergang der Gewalten geregelt sei; und dieser sollte in der Weise erfolgen, daß die Republik als definitiv anerkannt würde, wenn auch unter Offenhaltung einer Verfassungsrevision nach Ablauf des Septennates.

In
gramm z
Da ließ f
6. Janua
die Fords
form im
Die Wirk
heit von
partisten
mit dem
die Prior
Gewalten
das Mini
zurücktre
nehmen L
Debatten.
einer Abst
tisten und
ließ das
Das ernst
Spezialbe
den Antr
setzen: D
Präsident
zu sein; a
denten de
wollte, w
trums, an
und eine
Schw
einigerm
Stimme
nach welc
beiden R
folgenden
sprochen
Stelle gef
antwortlic
tritt oder
geordnet.
Mehrheit,
das ganze
schoben n
des Senat
Allein
Bulle, 1

In der That gelang es nun den Dreißigerausschuß für dies Programm zu gewinnen und die Sache schien auf dem besten Wege zu sein. Da ließ sich Mac Mahon durch Broglie bestimmen in einer Botschaft vom 6. Januar 1875, die im übrigen auf dem Boden des Kompromisses stand, die Forderung zu stellen, daß die Freiheit des Landes die Regierungsform im Jahre 1880 zu ändern in keiner Weise beschränkt werden dürfe. Die Wirkung dieses Schrittes war eine ganz unerwartete. Eine Mehrheit von 120 Stimmen, aus der Linken, den Legitimisten und den Bonapartisten zusammengesetzt, verwarf den Antrag des Dreißigerausschusses mit dem Senatsgesetz anzufangen und beschloß auf Laboulayes Antrag die Priorität des Ventavonschen Entwurfes über die Übertragung der Gewalten. So empfindlich dieser Schlag auch für den Marschall und das Ministerium war, so mußten sie sich doch fügen; Cissey wollte zwar zurücktreten, aber da weder Broglie noch Buffet die Erbschaft zu übernehmen Lust hatten, so blieb er. Am 21. Januar begannen die großen Debatten. Die erste Lesung des Ventavonschen Entwurfes wurde mit einer Abstimmung beendet, in der sich etwa nur 150 Legitimisten, Bonapartisten und Radikale gegen die zweite Lesung erklärten; ebensolch durchlief das Senatsgesetz am 25. Januar das erste Stadium der Beratung. Das ernsthafteste Ringen der Parteien nahm seinen Anfang erst mit der Spezialberatung des Ventavonschen Entwurfes am 28. Laboulaye stellte den Antrag die Anerkennung des Septennates durch den Artikel zu ersetzen: Die Regierung der Republik besteht aus zwei Kammern und einem Präsidenten. Man glaubte der Zustimmung des rechten Centrums gewiß zu sein; aber eine leidenschaftliche Rede Louis Blancs, der nur einen Präsidenten des Ministerrates, nicht einen Präsidenten der Republik haben wollte, wirkte so abschreckend, daß nur 13 Mitglieder des rechten Centrums, an ihrer Spitze Wallon und Lavergne, für den Antrag stimmten und eine Mehrheit von 23 Stimmen ihn verwarf.

Schon beim zweiten Paragraphen gelang es jedoch den Schaden einigermaßen wiedergutzumachen. Auf Wallons Antrag wurde mit einer Stimme Mehrheit, 353 : 352, beschlossen ihm einen Zusatz zu geben, nach welchem „der Präsident der Republik“ auf sieben Jahre von den beiden Kammern ernannt und wiederwählbar sein sollte. Auch in den folgenden Paragraphen wurde, wo Ventavon von dem Marschall gesprochen hatte, auf Wallons Antrag der Präsident der Republik an die Stelle gesetzt, und zwar mit steigenden Majoritäten: so wurde die Verantwortlichkeit des Präsidenten und der Minister, das Verfahren beim Rücktritt oder Tode des Präsidenten, die Art einer etwaigen Verfassungsrevision geordnet. Als Sitz der Regierung behauptete sich Versailles mit 5 Stimmen Mehrheit, was die Linke zwar verdroß, aber doch ihre Abstimmung über das ganze Gesetz nicht beeinflusste. Nachdem noch ein Paragraph eingeschoben war, der die Verkündung desselben bis nach der Vereinbarung des Senatsgesetzes verschob, wurde es mit großer Mehrheit angenommen.

Allein über das Senatsgesetz entbrannten nun vom 11. Februar

Die Wallonisten.

Das Senats-
gesetz.

an neue heftige Kämpfe. Die Linke wollte das Oberhaus von denselben Wahlkörpern wie das Unterhaus wählen, die Wallonisten dagegen es theils von den Generalräten, theils von dem Präsidenten der Republik ernennen lassen. Die Entscheidung lag in der Hand der Legitimisten und Bonapartisten; die letzteren erklärten sich rundweg für die Forderung der Linken, die ersteren enthielten sich der Abstimmung um den Sieg des Radikalismus zu erleichtern und dadurch bei der Schlußabstimmung die Wallonisten zu nötigen mit ihnen gegen das ganze Gesetz zu stimmen. Und dieser Anschlag gelang. Nachdem der Antrag Pascal Duprats, wonach der Senat von denselben Wählern wie das Abgeordnetenhaus gewählt werden sollte, mit 322 gegen 310 Stimmen angenommen war, konnten die konservativen Amendements, die bei den folgenden Paragraphen noch durchdrangen, das ganze Gesetz nicht mehr retten: in der Schlußabstimmung wurde es mit 368 gegen 345 Stimmen verworfen. Aber so groß die Erregung darüber auf der Linken auch war, so wurde doch alsbald auch der Entschluß gefaßt das gescheiterte Werk nochmals in Angriff zu nehmen und zwar auf konservativeren Grundlagen. Die beiden Centren verständigten sich auf den Vorschlag der Wallonisten dahin, daß drei Viertel der Senatoren von Wahlkollegien, die aus dem Generalrate, den Bezirksräten, je einem Abgeordneten der Gemeinderäte und den Deputierten des Departements zusammengesetzt wären, gewählt werden sollten, während das vierte Viertel, und zwar auf Lebenszeit, aus der Wahl der Nationalversammlung, späterhin aber bei eintretenden Lücken aus der Kooptation des Senates selbst hervorgehen sollte. Nachdem dieses Kompromiß am 18. Februar von Audiffret, Wallon, Périer und anderen zustande gebracht war, bequeme sich auch die äußerste Linke ihm an; besonders Gambetta war es, der es befürwortete, während Thiers es verwarf. Nach mehrtägigen Debatten wurde es am 25. Februar von der Nationalversammlung mit 448 gegen 241 Stimmen angenommen, und damit war denn auch das Ventavonsche Gesetz gesichert: die Republik hatte endlich, nachdem sie thatsächlich schon vier Jahre bestanden, auch eine feste gesetzliche Grundlage, eine Verfassung, gewonnen.

Ministerium
Buffet.

Die nächste Folge dieser Vorgänge war, daß Mac Mahon das Entlassungsgesuch des Ministeriums Cissej genehmigte und den Präsidenten der Nationalversammlung, Buffet, mit der Bildung des neuen Kabinetts betraute. Übrigens traten Decazes, Cissej und einige andere Mitglieder des bisherigen Ministeriums in das neue über; die Justiz wurde Dufaure, die Finanzen Léon Say, der Unterricht Wallon, der Handel de Meaux übertragen. An Buffets Stelle erwählte die Nationalversammlung Audiffret zu ihrem Präsidenten.

Krieg in Sicht.

Fast schien es aber, als ob die neue Ordnung der Dinge durch einen ernststen Streit mit Deutschland gefährdet werden sollte. Durch das Cadregesetz, welches gleichzeitig mit den Verfassungsgesetzen beraten war, hatte die französische Armee eine Organisation erhalten, die nach dem Urtheile der maßgebenden deutschen Sachverständigen nicht auf die

Dauer,
Pferdear-
nahm, e
4. März
in einer
sei. An-
liche En-
Pariser
Kriegs-
und russ
Wochen
besuchte
Krieg d
Un-
Ferien
welche
Es war
mern un
das für
wieder
wurde
Republi
deshalb
musste,
ledigung
lagen,
Zoubert
richtsfe
anderer
Recht er
faner w
manche,
daß die
und Gr
allen w
und für
Prüfung
zu verla
täten g
„unmor
das Re
Gesetz
rend fa
hielten,
kirchlich

Dauer, sondern nur auf eine baldige Anwendung berechnet sein konnte. Pferdeankäufe, die Frankreich im Auslande, auch in Deutschland, vornahm, erhöhten den Verdacht, so daß man von Berlin aus schon am 4. März mit einem Ausfuhrverbot antwortete, während die offiziöse „Post“ in einem Aufsehen erregenden Artikel die Frage aufwarf, ob Krieg in Sicht sei. Andere deutsche Zeitungen nährten die Beunruhigung durch angebliche Enthüllungen über französische Intrigen in Wien und Rom, und die Pariser Blätter ergingen sich ihrerseits in Klagen über die vermeintliche Kriegspartei am preussischen Hofe. Decazes suchte durch österreichische und russische Vermittelung den Sturm zu beschwichtigen, und nach einigen Wochen kam denn auch durch den Zaren, der Mitte Mai Berlin besuchte, die beruhigende Versicherung, daß Deutschland an keinen Krieg denke.

Um dieselbe Zeit trat die Nationalversammlung, die sich sechs Wochen Ferien gegönnt hatte, wieder zusammen um diejenigen Gesetze zu beraten, welche noch erlassen werden mußten, ehe sie sich selbst auflösen konnte. Es waren das ein Gesetz, welches die Rechte der beiden künftigen Kammern und des Präsidenten ordnete, das Wahlgesetz für den Senat und das für die Deputiertenkammer. Mit der Vorberatung wollte Buffet wieder die Dreißig beauftragt haben, allein mit 19 Stimmen Mehrheit wurde beschlossen einen neuen Ausschuß niederzusetzen, in welchem die Republikaner eine gesicherte Majorität hatten. Es war dies besonders deshalb von Bedeutung, weil man von den alten Dreißigern gewärtigen mußte, daß sie die Entscheidung verschleppen würden, um für die Erledigung einiger anderer Gesetze, die den Konservativen sehr am Herzen lagen, Zeit zu gewinnen. Das bedeutendste darunter war ein von Doubert eingebrachtes Unterrichtsgesetz, das auf dem Grundsatz der Unterrichtsfreiheit beruhte und den Bischöfen, den geistlichen Erziehungsorden, andererseits freilich auch den Departements und den Gemeinden das Recht erteilte Schulen und Universitäten zu errichten. Auch die Republikaner waren prinzipiell zum großen Teil dieser Forderung geneigt, ja manche, besonders im linken Centrum, waren sogar damit einverstanden, daß diese freien Fakultäten auch befugt sein sollten Zeugnisse auszustellen und Grade zu erteilen. So bildete sich eine Mehrheit heraus, die in allen wesentlichen Punkten den Forderungen des Klerus Rechnung trug und für die Laboulaye vom linken Centrum das Wort führte. Die Prüfungskommissionen, welche die Zeugnisse und die gelehrten Würden zu verleihen hatten, wurden zur Hälfte aus Lehrern der freien Fakultäten gebildet; man setzte einen Disziplinarhof ein, der das Recht erhielt „unmoralische“ Vorlesungen zu verbieten; man verlieh den freien Schulen das Recht Schenkungen und Legate anzunehmen. So wurde das ganze Gesetz am 12. Juli 1875 mit 50 Stimmen Mehrheit angenommen, während fast 100 Abgeordnete, unter ihnen Thiers, sich des Votums enthielten, und die nächsten Monate sahen bereits ein halbes Duzend kirchlicher Universitäten oder Fakultäten ins Leben treten, zu deren Be-

Das Unterrichts-gesetz.

kämpfung dann gleichzeitig die Republikaner Hochschulen in ihrem Sinne zu begründen sich angelegen sein ließen.

Die Rechte des
Präsidenten.

Unter den noch zu erledigenden Verfassungsgesetzen gelangte das über die Rechte der Kammern und des Präsidenten zuerst, und zwar am 16. Juli, zur Annahme. Die Debatte war reich an heftigen Angriffen auf Mac Mahon, gegen den die Legitimisten und die Radikalen den bittersten Haß trugen. Die Mehrheit stattete ihn jedoch mit sehr weitgehenden Rechten aus; sie gab ihm die Befugnis, zweimal in jeder Session die Kammern zu vertagen und Verträge, die keine finanzielle Belastung enthielten, selbständig abzuschließen. Die Dauer der Sessionen wurde auf 5 Monate beschränkt, der Ferienausbruch aufgehoben. Daß dem Präsidenten das Recht an den Debatten teilzunehmen entzogen wurde, war für Mac Mahon, der als Redner nicht glänzte, eher ein Gewinn und konnte die Stellung des Präsidenten über den Parteien nur erleichtern.

Die Wahl-
gesetze.

Das Wahlgesetz für den Senat bot nach den früheren Vereinbarungen keine erhebliche Schwierigkeit mehr und wurde am 2. August angenommen; das für die Deputiertenkammer dagegen enthielt in der Streitfrage, ob Listen- oder Einzelwahl, noch einen sehr bedeutsamen Zankapfel. Unzweifelhaft waren bei der Einzelwahl die lokalen Einflüsse der Regierungsbeamten, der Großgrundbesitzer, der Fabrikherren, der Geistlichkeit weit besser in stande sich geltend zu machen, während bei der Listenwahl die Parteikomités und die überwiegend republikanischen Wähler der Großstädte leichter die Oberhand gewinnen konnten. In beiden Lagern glaubte man, daß von der Entscheidung dieser Frage zum guten Teil der Ausfall der nächsten Wahlen abhängen werde. Gegen den Willen der Linken setzte die Rechte durch, daß noch einmal Ferien gemacht wurden, ehe man in die Debatten eintrat, und als dann die Versammlung ihre Sitzungen im November wieder aufnahm, fand sich eine Mehrheit von 31 Stimmen für die Einzelwahl. Gleichwohl konnte auch die Linke mit dem Gesetze, wie es endlich vereinbart wurde, wohl zufrieden sein; denn sie erreichte, daß alle Bezirke von mehr als 100 000 Einwohnern zwei Vertreter wählen sollten, wodurch die Zahl der Abgeordneten von 381 auf 533 stieg, und zwar naturgemäß fast ganz zu Gunsten der großen Städte und das hieß: der Linken. So wurde denn auch dieses Gesetz am 30. November mit 532 gegen 87 Stimmen angenommen.

Die Senatoren-
wahl.

Nun erübrigte der Versammlung nur noch die Wahl der 75 Senatoren vorzunehmen, ehe sie ihre eigene Auflösung beschloß. Am 9. Dezember begann man damit, aber beim ersten Wahlgang erhielt nur der eine Radikale die nötige Majorität. Vergebens hatte die Rechte gehofft für ihre Liste, die 60 Konservative, 2 Bonapartisten und 13 Mitglieder des linken Centrums umfaßte, mit Hilfe der Ballonisten und Bonapartisten den Sieg zu erringen; die letzteren verlangten einen höheren Preis und zersplitterten absichtlich ihre Stimmen. Ehe man sich mit ihnen über eine andere Verteilung einigen konnte, schloß ein Teil der Legitimisten mit der Linken einen Bund, und so waren das rechte Centrum und die

gemäßig;
6 Sitze,
hielten;
Linke 14
denen 6
war doch
den links
unter de
Picard,
oder Ab
Bothuan
hatte sei
seinem A
Am
fünfjähr
wählt h
anberaum
Die Ver
die fünf
aller M
fähigkeit
Atmosph
Auswüch
und für
Parteien
Streben
ringeschä
freie gei
wohl w
die Bedi
men un
teien; a
können,
mäßigke
eignissen
Festigke
stand, n
das lief
Urteil i
chen Kr

Di
der fran

gemäßigte Rechte am Ende die Betrogenen; sie gewannen zusammen nur 6 Sitze, während die 13 Wallonisten ebensoviel, die Legitimisten 10 erhielten; das linke Centrum trug 23 Mandate davon, die gemäßigte Linke 14, die Radikalen 8; außerdem gingen 8 Fraktionslose durch, von denen 6 jedoch entschieden konservativ waren. Aber das Gesamtergebnis war doch ein glänzender Sieg der Linken, denn 47 der Gewählten standen links, nur 22 rechts von den Wallonisten. Die bekanntesten Namen unter den neuen Senatoren waren Audiffret, Périer, Laboulaye, Lanfrey, Picard, Jules Simon, Crémieux, Littré, Lavergne, Wallon, die Generale oder Admirale Changarnier, Aurelles de Paladine, Chanzy, Fourichon, Bothuan, Cisseh, der Bischof Dupanloup. Der Ministerpräsident Buffet hatte seine Kandidatur als aussichtslos zurückgezogen; aber er blieb auf seinem Posten.

Am 31. Dezember 1875 beendete die Nationalversammlung ihre fast fünfjährige Thätigkeit, nachdem sie zum letzten Male einen Ausschuß gewählt hatte, welcher der Regierung bis zu dem auf den 8. März 1876 anberaumten Zusammentritt der neuen Kammern zur Seite stehen sollte. Die Versammlung selbst hatte ausgelebt. Betrachtete man unbefangen die fünf Jahre ihrer Wirksamkeit, so konnte man doch nicht umhin trotz aller Mißbilligung im Einzelnen, trotz vieler Zweifel an der Lebensfähigkeit der Republik inmitten einer von heftigem Parteihaf verpesteten Atmosphäre, trotz des wohlbegründeten Widerwillens gegen zahlreiche Auswüchse des öffentlichen Lebens das Geleistete als wirklich bedeutsam und für Frankreich ehrenvoll anzuerkennen. Wohl war viel blinde Parteileidenschaft an den Tag getreten, die über dem eigensüchtigen Streben nach der Herrschaft die Ruhe und den Frieden des Landes geringschätzte; wohl hatte der Ultramontanismus Erfolge errungen, die eine freie geistige Entwicklung des französischen Volkes bedenklich erschwerten; wohl war eine aufrichtige und deshalb offen eingestandene Ergebung in die Bedingungen des Frankfurter Friedens nicht zum Durchbruch gekommen und der Revanchekrieg noch immer der heimliche Traum aller Parteien; aber daß trotz alledem überhaupt etwas hatte zustande kommen können, daß durch die Mäßigung der Gambettisten, die nüchterne Zweckmäßigkeit der Wallonisten und, was gegenüber den späteren Ereignissen auch betont werden muß, durch die fast immer politisch kluge Festigkeit des Präsidenten Mac Mahon, der doch auch nachzugeben verstand, wo es Not that, die Republik möglich und wirklich geworden war, das lieferte den besten Beweis dafür, wie unbegründet das verächtliche Urteil über die politischen Fähigkeiten der Franzosen war, das in manchen Kreisen Deutschlands sich festgesetzt hatte.

Ende der
National-
versammlung.

Die spanischen Revolutionen.

Die günstige Meinung, zu welcher der vorläufig erreichte Abschluß der französischen Verfassungskämpfe berechtigte, konnte nur noch gesteigert